

Anlage 75

**Internationaler
Menschenrechtsverein
Bremen e.V.**

Wachmannstraße 81
28 209 Bremen
Tel.: (0421) 55 77 093
Fax: (0421) 55 77 094
mail@humanrights.de
<http://www.humanrights.de>

Bremen, den 27.11.1999

Pressemittellung

Der Internationale Menschenrechtsverein e.V. erwägt rechtliche Schritte gegen die Bremer Ausländerbehörde im Zusammenhang mit der Kopftuch-affäre um Djamilah.

Als abgelehnte Asylbewerberin aus dem Iran will die Ausländerbehörde Djamilah, Mitglied des Internationalen Menschenrechtsvereins, zur Ausreise zwingen. Die Behörde drängte sie, vier Passfotos, auf denen sie mit Kopftuch abgebildet ist, vorzulegen, weil das iranische Generalkonsulat "islamische" Fotos zur Erstellung eines Reisedokumentes von der Ausländerbehörde verlangt hatte.

Djamilah, die im Iran gegen die Unterdrückung von Frauen kämpfte und auch aus diesem Grund ihr Land verlassen mußte, erboste sich über diese Forderung und weigerte sich, Fotos mit Kopftuch abzugeben. Stattdessen legte sie vier Fotos vor, die sie unverschleiert zeigen.

Als es der Ausländerbehörde nicht gelang, den islamischen Gesetzen entsprechende Fotos einzufordern, und die Abschiebung von Djamilah so nicht durchsetzbar schien, griff sie zu unläutereren Methoden: sie fälschten kurzerhand eins der abgegebenen Fotos, so daß es Djamilah nun mit einem Kopftuch abbildet.

Um Abschiebungen durchzusetzen schreckt die Ausländerbehörde selbst vor Urkundenfälschung nicht zurück.

Ungeachtet der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und der massiven Unterdrückung von Frauen im Iran werden die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem islamischen Regime ständig weiter ausgebaut. Diese freundschaftlichen Beziehungen blenden die Menschenrechtssituation aus und stellen den Hintergrund vermehrter Abschiebungen dar. Die Ausländerbehörde hat dabei keine Skrupel als verlängerter Arm des Mullah-Regimes zu fungieren.

Djamilah sieht ihre Menschenwürde und Rechte als Frau verletzt. Der Internationale Menschenrechtsverein wird nun Anzeige gegen die Bremer Ausländerbehörde erheben und ruft alle Fraueninitiativen und Verbände dazu auf, sich an einer breiten Kampagne gegen die Vorgehensweise der Ausländerbehörde zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

I.A. Stephanie Wansleben